

Kulturausschuß

**Protokoll**

6. Sitzung (nicht öffentlich)

22. Januar 1986

Düsseldorf - Haus des Landtags

14.00 bis 15.30 Uhr

Vorsitzender: Abg. Dr. Beckel (CDU)

Stenographin: Niemeyer

Verhandlungspunkt:

Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes  
Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986  
(Haushaltsgesetz 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksachen 10/450 und 10/500  
Vorlagen 10/182 und 10/209

in Verbindung mit § 18 und § 20 des Gemeindefinanzierungs-  
gesetzes  
(GFG - 1986)

Gesetzentwurf der Landesregierung  
Drucksache 10/452

a) Einzelplan 05 - Kultusminister  
(Kulturhaushalt)

b) Einzelplan 11 - Minister für Stadtentwicklung, Wohnen und  
Verkehr

Kapitel 11 040 (Titel 685 13 und Titelgruppe 70)  
Kapitel 11 070  
Kapitel 11 300

Der Ausschuß diskutiert in der Einzelberatung die  
ihn betreffenden Bereiche der Einzelpläne 05 und 11  
des Entwurfs des Haushaltsplans 1986.

-----



Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

### Aus der Diskussion

#### Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 1986 (Haushaltsgesetz 1986)

##### a) E i n z e l p l a n 0 5

Zum Zwecke der Einzelberatung ruft der Vorsitzende die Kapitel und Titel des Kulturhaushalts auf. Dabei ergeben sich folgende Fragen und Anmerkungen von Ausschußmitgliedern:

##### Kap. 05 010 - Kultusministerium

Im Zusammenhang mit Tit. 526 00 - Sachverständige; Kosten für Gutachten - geht Ministerialdirigent Kral (Kultusministerium) auf die Erläuterung Nr. 6 "Untersuchung des Zusammenwirkens zwischen Kunst/Kultur und Wirtschaft/Industrie" ein und nimmt Stellung zu der in der letzten Sitzung dazu gestellten Frage.

Dieser Ansatz habe sich schon im Jahre 1985 im Haushalt befunden, sei aber wegen eines bis heute ungelösten und die Planung hemmenden Problems nicht verausgabt worden. Die Diskussion darüber, wie die Untersuchungsabsicht mit den finanziellen Möglichkeiten, die der Haushalt biete, und der Bedingung, ein für das Kultusministerium sinnvolles Gutachten zu erstellen, in Einklang gebracht werden könne, sei noch nicht abgeschlossen. - Auf die Frage des Vorsitzenden, ob es sich also um einen prophylaktischen Ansatz handele, meint MinDgt Kral, die Planungen seien noch nicht so weit gediehen, daß mit Sicherheit von der Verausgabung des Geldes ausgegangen werden könne. Dennoch halte man es für wichtig, dieses Thema grundsätzlich zu untersuchen.

In Zürich existiere zu dem genannten Komplex eine Studie, die sich mit dem Zusammenhang zwischen Investitionen im Kulturbereich und der Wirtschafts-, der Steuer-, der Einnahmen- sowie der Ausgabensituation und der Rentabilität beschäftige.

Bei der von den Kommunen getragenen Veranstaltung "Kultur 90" habe sich die Stadt Bochum dem Thema "Kultur und Wirtschaft" zugewandt. Die Stadt beabsichtige, im Rahmen der Tagung einen Auftrag für ein Gutachten an eine Universität zu vergeben. Es handele sich also um einen wichtigen, auf breiter Ebene anzugehenden Untersuchungsbereich, der auch vom Land aufgegriffen werden solle.

Auf eine entsprechende Bitte des Abg. Dr. Heinemann (SPD) sagt MinDgt Kral zu, die Züricher Studie an die Ausschußmitglieder weiterzuleiten.

#### Kap. 05 030 - Allgemeine überregionale Finanzierungen

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) möchte in bezug auf Tit. 685 30 - Anteiliger Zuschuß des Landes für die Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" - in Erfahrung bringen, ob und wann sich die Zuschüsse des Landes Nordrhein-Westfalen verringerten.

Die Zuschüsse für die Stiftung "Preußischer Kulturbesitz" würden, so MinDgt Kral, nach dem "Königsteiner Schlüssel" errechnet. Danach entfalle auf Nordrhein-Westfalen ein erheblich geringerer als der angesetzte Betrag.

Jedoch habe man sich wegen des in gewisser Weise bestehenden Nachfolgecharakters des Landes Nordrhein-Westfalen zum Staat Preußen bei den Verhandlungen bereit erklärt, jeweils 12,5 Millionen DM zu zahlen, bis der "Königsteiner Schlüssel" dem Land ohnehin diese Summe auferlege.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) weist auf die zwischen den beiden Fraktionen in der letzten Legislaturperiode gebildete Meinung hin, daran nichts ändern zu wollen, was für seine Fraktion auch weiter gelte. Allerdings lege man Wert darauf - und habe dies während der Berlin-Reise auch deutlich mitgeteilt -, daß die Bürger Nordrhein-Westfalens an dem, was sich dort vollziehe, etwas stärker partizipierten.

Der Vorsitzende stellt dazu fest, nach Auskunft Professor Knopps wolle die Stiftung zur Eröffnung des neuen Landtags mit einer bemerkenswerten Ausstellung nach Düsseldorf kommen. Vom Kulturdezernenten der Stadt Düsseldorf wisse er, ungefähr zum gleichen Zeitpunkt werde etwas zum Thema "Gewerbe und Volkskunde" angeboten.

MinDgt Kral ergänzt, nach den vom Kulturausschuß gegebenen Anregungen habe sich die Präsenz der Stiftung erheblich verstärkt. Er erinnere nur an Ausstellungen in Cappenberg, Aachen, Bottrop und Münster. Auf diesem Wege müsse man lediglich fortfahren. - Schloß Cappenberg hat sich nach Ansicht von Ministerialrat Scharbert (Kultusministerium) zum Standbein der Stiftung in Nordrhein-Westfalen entwickelt.

Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

Abg. Dr. Gerritz (SPD) ist davon ausgegangen, der Staatssekretär werde auf die vom Kulturausschuß in Berlin vorgetragene Bemerkung, von Cappenberg und Bonn gehe - auch aufgrund der Größe der Ausstellungen - keine Wirkung auf das Bewußtsein der Bevölkerung, etwas mit preußischem Kulturbesitz zu tun zu haben, aus, deutlicher reagieren. Die Überlegungen, eine etwas spektakulärere, auch über die Grenze Nordrhein-Westfalens hinaus aufsehenerregende Ausstellung zu veranstalten, seien jetzt aber offensichtlich in ein konkreteres Stadium getreten.

Der Vorsitzende hält im Einvernehmen mit dem Ausschuß fest, die Probleme der Stiftung sollten in einer Sitzung nach den Haushaltsberatungen behandelt werden, da der Ausschuß an dem gegenwärtigen Haushaltsansatz offensichtlich nichts zu ändern beabsichtige. Er weist gleichzeitig auf die soeben erschienene Museumsplanung der Stiftung hin.

#### Kap. 05 750 - Staatliche Archive, Archivwesen

Frau Abg. Matthäus (CDU) erinnert an die schon im letzten Jahr geäußerte Bitte, zu prüfen, ob in diesem Bereich Auszubildende unterzubringen seien.

Nach den Erläuterungen von Ministerialrat Dr. Schmitz (Kultusministerium) seien im Haushalt unter Tit. 425 10 - Bezüge der Angestellten - 4 Stellen für Auszubildende ausgebracht. Inzwischen habe man bei den Handwerkskammern in Münster und Düsseldorf überprüfen lassen, ob die Ausbildungsmöglichkeiten in den Foto- und den Restaurierungswerkstätten den Anforderungen entsprächen. Beide hätten dies verneint, so daß keine Auszubildenden eingestellt werden könnten.

In Detmold hingegen sei es gelungen, in Abstimmung mit der Handwerkskammer einen Fotografen zur Ausbildung zu übernehmen.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) erkundigt sich nach der Möglichkeit, die Kosten für die "bescheidenen" Publikationen der Westdeutschen Gesellschaft für Familienkunde, deren ehrenamtliche Arbeit für sinnvoll gehalten werde, mit dem Tit. 531 20 - Veröffentlichungen der staatlichen Archive sowie Entlohnung wissenschaftlicher Leistungen für solche Veröffentlichungen - zu fördern.

Die Gesellschaft hat nach Auskunft von MinDgt Kral in der Vergangenheit für die Unterhaltung einer Bibliothek in Brühl eine

Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

Förderung des Landes erfahren. Die Zurückschneidung der Bibliotheksmittel habe zur Einstellung dieser Hilfe geführt.

Seitdem bemühe sich die Gesellschaft um Förderung auf anderem Wege. Man habe versucht, diesen zu finden, und mit viel Wohlwollen könnten die von der Gesellschaft wahrgenommenen Aufgaben als archivalische bezeichnet werden, denn es würden die gesellschaftliche Bedeutung der Familie darstellende Urkunden aus der Vergangenheit gesammelt. Außerdem handele es sich um eine Arbeit von privater Seite, so daß man aus Tit. 685 10 - Zuschüsse an Archive, die nicht von Gebietskörperschaften getragen werden - eine Förderung vorsehen könnte. Es bedürfte dann allerdings dringend der Aufstockung dieses Ansatzes, weil die daraus bezuschußten Wirtschaftsarchive ebenfalls schon lange keine Erhöhung der Förderung mehr erfahren hätten.

Abg. Böcker (SPD) weist auf die Kapazitätsprobleme des Staatsarchivs Detmold hin, die vom Ministerium genauso wie vom Staatsarchiv selber beurteilt würden. Der Zeitpunkt, zu dem Maßnahmen wie der Einbau einer Kompaktanlage nicht mehr ausreichten, sei absehbar und falle vermutlich in die Jahre 1987/88.

Angesichts der insgesamt benötigten Mittel in Höhe von 6 bis 8 Millionen DM solle man versuchen, im Haushalt 1986 wenigstens einen Ansatz von 200 000 DM einzubringen, um damit zumindest die Vorplanungskosten abzudecken und die Weichen für die Zukunft zu stellen.

Mit Hinweis auf die Ausführungen in der letzten Sitzung erwähnt MinDgt Kral nur noch einmal, daß das Gebäude für 1988 dringend benötigt werde und die Angelegenheit sich in der Planung befinde.

#### Kap. 05 760 - Bibliothekswesen

Frau Abg. Matthäus (CDU) fragt nach der von ihr angeforderten Aufstellung der Bibliotheken, die kommunale Aufgaben übernommen hätten.

Referent Solle (Kultusministerium) legt dar, die Staatlichen Büchereinstellen hätten die für die Aufstellung notwendigen Vorarbeiten noch nicht leisten können, so daß eine Fertigstellung bis heute nicht möglich gewesen sei.

Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

Kap. 05 770 - Staatliche Büchereistellen (Detmold, Essen, Hagen, Köln und Münster)

Der Ausschuß will sich außerhalb der Haushaltsberatungen unter Zuhilfenahme der Stellungnahmen des Landesrechnungshofs und des Kultusministeriums mit möglichen Neustrukturierungen in diesem Bereich beschäftigen.

Kap. 05 820 - Förderung der Museen, der Musik, der bildenden Kunst und des Schrifttums

Frau Abg. Matthäus (CDU) möchte wissen, wie viele Personen in welcher Höhe Mittel aus Tit. 681 00 - Zur Gewährung von Ehrensold - erhielten.

MDgt Kral sagt zu, genaue Angaben darüber nachzureichen.

Nachzudenken sei, so der Vorsitzende, über die Neuvergabe. Der Ehrensold stelle kein Sozialhilfeelement, sondern eine Auszeichnung dar. - In diesem Zusammenhang muß nach Auffassung von Frau Abg. Matthäus (CDU) auch geprüft werden, ob die Künstler-sozialversicherung inzwischen den Ehrensold überflüssig mache. - Der Ausschuß will das Thema in einer der nächsten Sitzungen behandeln.

MinRat Scharbert merkt an, die Künstlersozialversicherung leiste an die älteren Künstler, die keine Beiträge hätten zahlen können, weil dieser Versicherungszweig noch nicht bestanden habe, selbstverständlich keine Rentenzahlungen.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) wünscht Auskunft, weshalb Tit. 685 30 - Zuschüsse für leistungsstarke Laienmusikvereine - keinen Ansatz mehr enthalte und dieser in Titelgruppe 60 - Musikpflege und Musikerziehung - aufgenommen worden sei. - Diese Maßnahme dient nach Aussage von Ministerialrat Starzinger (Kultusministerium) lediglich der Zusammenfassung und damit der Haushaltsklarheit.

Die von Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) angesprochene Summe in Höhe von 329 000 DM für sächliche Verwaltungsausgaben unter Tit. 685 50 - Zuschuß für das Europäische Übersetzer-Kollegium e. V. in Straelen - erklärt MinDgt Kral mit der Erstellung des Gebäudes.

Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

Der Vorsitzende äußert die Vermutung, in diesen Betrag gingen sicherlich auch die Unterkunfts- und Verpflegungskosten mit ein. Sinn und Zweck sei ja gerade, daß die sich in einer besonders schwierigen wirtschaftlichen Lage befindlichen Übersetzer dort leben und arbeiten könnten. - MinDgt Kral bestätigt dies. Frau Abg. Witteler-Koch wird zur genaueren Übersicht ein Wirtschaftsplan des Kollegiums zugesagt.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) möchte wissen, weshalb Tit. 883 30 - Zuweisungen für den Bau und die Erstausrüstung Zentraler Restaurierungswerkstätten - keine Mittel mehr ausweise, obwohl in Brauweiler geplant werde und man sich auch im Landschaftsverband Westfalen-Lippe um eine Entscheidung, welche Stadt den Zuschlag erhalten solle, bemühe. Eigentlich sei er davon ausgegangen, daß das Programm fortlaufe.

Die Streichung ist nach Meinung von MinDgt Kral nicht etwa auf die Verneinung der Notwendigkeit Zentraler Restaurierungswerkstätten durch das Ministerium zurückzuführen. Vielmehr mache es die Finanzsituation unmöglich, das Programm so weiterzuführen, wie es in Köln, Düsseldorf und Münster eingeleitet worden sei. Der Titel werde zunächst noch beibehalten, weil Restabwicklungen im Zusammenhang mit dem Neubau des Wallraf-Richartz-Museums anstünden.

Frau Abg. Matthäus (CDU) stellt mit Blick darauf, daß in Tit. 685 60 - Zuschüsse an sonstige Träger für Orchester, Musikschulen und Musikpflege - jetzt die den leistungsstarken Laienmusikvereinen zukommenden 200 000 DM enthalten seien, fest, die eigentliche Erhöhung des Ansatzes betrage somit nach Abzug dieser 200 000 DM nur noch 270 000 DM, und fragt, ob in diesen Titel auch Zuschüsse für die drei "Landesorchester" fielen.

MinRat Starzinger führt aus, die Annahme von Frau Matthäus bezüglich der "Landesorchester" treffe zu; allerdings betrage die Erhöhung des Ansatzes allein für die sogenannten Landesorchester 300 000 DM und für das Beethovenhaus 50 000 DM. Eine Summe von 50 000 DM gehe an das im letzten Jahr neu eingerichtete "Institut für Musik des 20. Jahrhunderts" in der Trägerschaft des Landesmusikrats e. V.; ein neuer Ansatz in Höhe von 70 000 DM komme hinzu für die Landesmusikakademie in Heek.

Frau Abg. Matthäus (CDU) faßt noch einmal zusammen, die Erhöhung für den Titel 685 60 betrage insgesamt 470 000 DM. Darin seien enthalten die umgesetzten 200 000 DM für die Laienmusikvereine, 300 000 DM für die "Landesorchester" und die übrigen eben auf-

gezählten Erhöhungen. In Anbetracht dessen bittet sie um Auskunft, an welcher Stelle Kürzungen erfolgt seien.

Nach Auskunft von Ministerialrat Hagemann (Finanzministerium) sei der Ansatz 1985 bei den leistungsstarken Laienmusikvereinen mit umgesetzt worden, so daß es sich um "echte" 470 000 DM handle. - MinDgt Kral ergänzt, der Ansatz des Jahres 1985 habe insgesamt nicht 10 462 000 DM, sondern lediglich 10 262 000 DM betragen.

Der Vorsitzende fragt nach den haushaltstechnischen Gründen, die es notwendig machten, den Tit. 813 70 - Zum Ankauf von Kunstwerken, insbesondere von Werken jüngerer Künstler - mit dem auf Null heruntergefahrenen Ansatz beizubehalten.

MinRat Scharbert weist darauf hin, daß im vorigen Jahr in Einzelfällen ein Ankauf stattgefunden habe; in diesem Jahr hätten aufgrund der Haushaltslage keine Mittel eingesetzt werden können. Die Gelder für den Ankauf preisgünstigerer Kunstwerke fänden sich in verschiedenen Titeln wieder, so z. B. in Tit. 523 70 - Zum Erwerb und Unterhaltung von Kunstwerken sowie zur Restaurierung bereits erworbener Kunstwerke -.

Im Zusammenhang mit Tit. 653 80 - Sonstige Zuweisungen an Gemeinden - bemerkt Abg. Dr. Gerritz (SPD), seine Fraktion beabsichtige, etwas zur Unterstützung der das aus diesem Titel geförderte Westdeutsche Autorentreffen durchführenden Stadt Düsseldorf zu unternehmen.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) wünscht Auskunft, ob die in Tit. 685 80 - Sonstige Zuschüsse für laufende Zwecke im Inland - "Zur Durchführung von Autorenlesungen" enthaltenen 90 000 DM für separate Veranstaltungen bereitstünden oder ob sie für Sonderaktionen der mit 225 000 DM geförderten Literaturbüros eingesetzt würden.

Zwischen den von Frau Witteler-Koch genannten Positionen bestehe, so Referent Solle, keine Verbindung. Die erwähnten 90 000 DM kämen hauptsächlich dem Friedrich-Bödecker-Kreis und damit Jugendbuchautoren, die in Schulen Lesungen hielten, sowie Kneipenlesungen und Lesungen in Justizvollzugsanstalten zugute.

Kap. 05 830 - Förderung von Theater, Film und Bild

Frau Abg. Matthäus (CDU) möchte wissen, ob der gemeinsame Beschluß, die Theaterförderung wieder auf den Stand von 1981 anzuheben, sich in einem mittelfristigen Finanzierungskonzept niederschlagen könnte, um den Kommunen mehr Sicherheit zu geben.

Eine mittelfristige Finanzplanung bietet hier nach Einschätzung von MinDgt Kral keine Lösung. Eine andere Art der Finanzplanung und Bindung der Regierung in Einzelbereichen finde aber grundsätzlich nicht statt.

Die Entschließung werde jetzt jedoch zum zweitenmal konsequent vollzogen, was auch für die kommenden Jahre geplant sei. Für die Städte sei deshalb berechenbar, wann wieder der Stand von 1981 erreicht sein werde. Dann allerdings bedürfe es völlig neuer Überlegungen.

Auf Frage von Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) erklärt MinDgt Kral die Verpflichtungsermächtigung in Höhe von fast 7 Millionen DM bei Tit. 682 10 - Zuschuß an die Neue Schauspiel-GmbH in Düsseldorf - mit dem vom Haushaltsjahr abweichenden Rechnungsjahr der Gesellschaft.

Der Vorsitzende verweist darauf, im Falle der Neue Schauspiel-GmbH sei eine längerfristige Zusage offensichtlich möglich.

Nach Aussage von MinDgt Kral ist diese Zusage durch Rechtsgründe bedingt, da sonst eine Schauspiel-GmbH durch ihr vom Landeshaushalt abweichendes Rechnungsjahr nicht arbeiten könnte. - Frau Abg. Matthäus (CDU) bemerkt, dies gelte für die Theaterspielzeiten genauso. - MinDgt Kral ergänzt, im Falle der Schauspiel-GmbH sei das Land als Gesellschafter rechtlich verpflichtet, entsprechend den Planungen der GmbH zu zahlen.

Frau Abg. Matthäus (CDU) wünscht eine Erklärung zu den in den Erläuterungen erwähnten "Kosten des Intendantenwechsels in Höhe von 450 000 DM".

Der neue Intendant sei weder "teurer" gewesen, noch habe es, so MinDgt Kral, Abfindungen gegeben. Die Kosten seien entstanden, weil der neue Intendant zur Vorbereitung auf die nächste Spielzeit parallel zu dem derzeitigen Intendanten schon einen Vertrag erhalten habe.

Frau Abg. Matthäus (CDU) ergänzt ihre in der vorigen Sitzung gestellte Frage bezüglich der durch Tit. 685 20 - Zuschüsse für das rheinisch-westfälische Theaterwesen - geförderten Privattheater und möchte wissen, wie viele Theater überhaupt Anträge stellten und wie viele davon nicht bedacht werden könnten.

Ministerialrat Däberitz (Kultusministerium) führt aus, oft könnten Anfragen auf Förderung in der Tat nicht positiv beschieden werden. Selbstverständlich beobachte man aber aufmerksam die Szene, in der sich sowohl von der Qualität als auch vom Umfang her Beachtenswertes ereigne. Oft werde versucht, über den Feuerwehrfonds zu helfen.

In wenigen Fällen habe man bei Theatern Hoffnung geweckt, sie in die Förderung einzubeziehen. Ein Beispiel dafür biete die Theaterinitiative in Münster, bestehend aus einem Zusammenschluß von über 20 freien Gruppen, die eine sehr ambitionierte Theaterarbeit begonnen hätten. Die Stadt Münster engagiere sich hier stark, was Voraussetzung für das Ministerium sei, hinzuzutreten.

Frau Abg. Matthäus (CDU) möchte weiterhin wissen, ob die vor einigen Jahren vom Ministerium gegebene Auskunft, nach der die Fluktuation im Privattheaterbereich sehr groß sei, Bestand habe oder ob aufgrund der schlechten finanziellen Lage überwiegend nur noch solche Theater existierten, die sich durchgesetzt hätten und bestätigt worden seien.

Einige Theater haben nach den Worten von MinRat Däberitz aus wirtschaftlichen Gründen aufgegeben. Dies betreffe aber keine der aus Landesmitteln geförderten. Auf der anderen Seite habe es in den letzten Jahren geradezu einen Gründungsboom gegeben. In einigen Fällen sei aus dem Feuerwehrfonds geholfen worden.

Frau Abg. Robels (CDU) wünscht eine Auflistung, welche Theater seit wann gefördert würden. - MinRat Däberitz verweist hierzu unter anderem auf die Erläuterungen zum Haushalt (Vorlage 10/182, Seite 54). - Frau Abg. Robels (CDU) fragt, ob es politisch vertretbar wäre, von den Theatern nach Ablauf einer bestimmten Förderungsdauer zu verlangen, auf eigenen Beinen zu stehen, so daß auch andere in den Genuß der Landesmittel kämen. - Abg. Dr. Heinemann (Essen) (SPD) schließt sich der in der Frage seiner Vorrednerin zum Ausdruck kommenden Auffassung an und möchte wissen, ob ein Versuch in dieser Richtung schon einmal unternommen worden sei.

Kulturausschuß  
6. Sitzung

22.01.1986  
ni-mm

Dies wäre nach Meinung von MinRat Däberitz theaterpolitisch erwünscht, aber politisch meist nicht möglich, da das durch Wegfall der Förderung entstehende Finanzloch zum Ruin der Theater führen und in der Öffentlichkeit der Eindruck entstehen könnte, das Land trage zum "Theatersterben" bei. Als einzig machbar hätten sich Umschichtungen erwiesen, indem man den besonders notleidenden Theatern die Zuschüsse erhöht und sie dafür anderen gekürzt habe.

Frau Abg. Robels (CDU) verweist auf die sehr hohen Summen, die manchen Theatern - so z. B. dem Grenzlandtheater Aachen oder der Burghofbühne Dinslaken - zukämen, und möchte wissen, ob diese Einrichtungen bei einer Kürzung der Gelder um jeweils rund 200 000 DM, die dann anderen zugewandt werden könnten, nicht lebensfähig wären.

MinDgt Kral schließt an die zur Burghofbühne Dinslaken in der letzten Sitzung gegebenen Auskünfte an, wonach dieses Theater sogar besser dastehe als ein Landestheater. Die Förderung sei aber notwendig, um die Qualität der Bühne aufrechtzuerhalten. Dem Ministerium seien die Wirtschaftspläne bekannt, und es überprüfe auch die Qualität des Theaters; hiernach erweise sich die angesetzte Summe als erforderlich.

MinRat Starzinger (Kultusministerium) stellt einen Vergleich zum Orchesterbereich an. Auch hier erhielten einige Orchester eine sehr hohe Förderung, die aber ebenfalls existenznotwendig sei.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) kommt auf einen Zusammenschluß von 37 professionellen Theatergruppen - von denen es insgesamt 150 gebe - zu sprechen. Man habe sich vorgenommen, einige Produktionen anzusehen und anschließend zu entscheiden, ob sich das Gezeigte als qualifiziert erweise. Dann allerdings müßte über eine Erhöhung der Position "Privattheater" nachgedacht werden.

Frau Abg. Witteler-Koch (F.D.P.) interessiert, ob es in den letzten Jahren auch Anträge auf Förderung aus dem westfälischen Raum gegeben habe, da die in den Erläuterungen aufgeführten Theater überwiegend aus größeren Städten stammten.

Nach Angaben von MinRat Däberitz liegt das Schwergewicht der Theaterarbeit traditionell in den Städten. Neben den Kammerspielen in Paderborn existierten im westfälischen Raum hauptsächlich nur noch freie Gruppen, die, wenn sie ein Projekt vorgelegt hätten, über den Feuerwehrfonds gefördert worden seien.

Abg. Dr. Gerritz (SPD) spricht Tit. 883 00 - Zuweisungen an Gemeinden für die Ausstattung von Filmwerkstätten - an, der als einziger - was er für wenig sinnvoll halte - um ca. 50 000 DM gekürzt worden sei, während die Regierungserklärung angekündigt habe, der künstlerischen Filmförderung müsse eine ökonomische hinzugefügt werden. Nachzudenken sei auch über die Filmsituation an den Hochschulen. Die Kunstakademie Düsseldorf beispielsweise habe ihre Filmklasse aufgeben müssen.

Da man in 1986 mit der Entwicklung eines klaren Konzepts rechnen, solle der Ansatz wie bisher aufrechterhalten werden, allerdings unter Erweiterung der Erläuterungen auf "Abspielstätten". Dem Kinosterben besonders in kleineren und mittleren Städten müsse Einhalt geboten werden. Oft versuchten die Gemeinden noch etwas zu retten, doch fehle es ihnen häufig an den notwendigen Mitteln zur Erstaussstattung eines Kinos. In diesen Fällen solle aus dem angesprochenen Titel mitfinanziert werden können.

Abg. Böcker (SPD) bittet um Unterrichtung über die künftige Konzeption für Filmwerkstätten. Die technische Ausstattung der Werkstätten habe sich in den letzten Jahren so schnell und stark verändert, daß er befürchte, die Städte scheuten sich aus diesem Grunde, derartige Projekte in Angriff zu nehmen. Von Filmemachern würden in zunehmendem Maße mit modernstem Gerät ausgestattete Privatstudios in Anspruch genommen. Man müsse überlegen, wie diesem Personenkreis geholfen werden könne.

#### b) E i n z e l p l a n 11

In der Einzelberatung der den Ausschuß betreffenden Kapitel 11 040 (Titel 685 13 und Titelgruppe 70), 11 070 und 11 300 des Einzelplans 11 ergibt sich folgende Diskussion:

#### Kap. 11 070 - Denkmalpflege

Frau Abg. Matthäus (CDU) wünscht Auskunft, nach welchen Kriterien die für die Industriemuseen in Tit. 653 20 - Zuweisungen an die Landschaftsverbände für Ankauf, Verlagerung, Pflege und Aufbewahrung von beweglichen technischen Denkmälern - vorgesehenen Mittel verteilt würden.

Ministerialrat Veltman (Ministerium für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr) legt dar, bisher seien die Gegenstände für die künftigen Industriemuseen vom Land erworben und dann den Landschafts-